



Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

REX/133

**"Neue europäische
Nachbarn der EU"**

Brüssel, den 11. Dezember 2003

STELLUNGNAHME

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses
zum Thema

**"Größeres Europa – Nachbarschaft
Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn"**

KOM(2003) 104 endg.

Die Kommission beschloss am 3. April 2003, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss gemäß Artikel 262 des EG-Vertrags um Stellungnahme zu folgender Vorlage zu ersuchen:

Mitteilung der Kommission "Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der EU zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn"
(KOM(2003) 104 endg.)

Die mit der Vorbereitung der Arbeiten beauftragte Fachgruppe Außenbeziehungen nahm ihre Stellungnahme am 21. November 2003 an. Berichterstatteerin war Frau ALLEWELDT.

Der Ausschuss verabschiedete auf seiner 404. Plenartagung am 10./11. Dezember 2003 (Sitzung vom 11. Dezember) einstimmig folgende Stellungnahme:

*
* *

1. Vorbemerkung

- 1.1 Der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss hat schon frühzeitig aus eigener Initiative begonnen, der Frage nach der künftigen Gestaltung der Beziehungen zu den Ländern nachzugehen, die nach der kommenden Erweiterung unmittelbar an die EU angrenzen. Ab Mai 2004 verändert sich die politische Landkarte in Europa, was auch den EWSA einlädt, eine Neuorientierung seiner Außenbeziehungen zu beginnen. Die Dringlichkeit liegt darin, schon heute dafür zu sorgen, dass in Europa keine neuen Trennlinien entstehen, sondern ein gemeinsamer Raum für wirtschaftliche Entwicklung und sozialen Fortschritt geschaffen wird.
- 1.2 Der EWSA sieht seine Rolle in diesem Prozess auch als aktiver Teilhaber, der seine Expertise, gewonnen in der Kooperation mit den gegenwärtigen Beitrittsländern, und seine Kontakte über die fachliche Arbeit mit den Partnerorganisationen vieler Länder von Mittel-, Süd- und Osteuropa einbringen möchte.

2. Zur Schwerpunktsetzung der Stellungnahme

- 2.1 Der Europäische Rat (ER) von Kopenhagen hat im Dezember 2002 nicht nur die Erweiterung um zehn neue Mitgliedstaaten beschlossen, sondern angeregt, **die Beziehungen zu den Nachbarländern der erweiterten EU** im Osten und im Süden zu verstärken. Die ursprünglichen Signale zur Konzentration auf die östlichen Nachbarstaaten und Russland wurden aufgegeben zugunsten einer alle zukünftigen Nachbarländer¹ umfassenden Strategie.

¹ Dies umfasst die Länder des südlichen Mittelmeerraumes, der Westlichen Neuen Unabhängigen Staaten sowie Russland.

- 2.2 Die **Europäische Kommission** (EK) hat am 11. März 2003 in ihrer Mitteilung diesem Anliegen entsprochen und dennoch verschiedene Ländergruppen definiert und eigene Schwerpunkte gesetzt. Ihre Ausführungen konzentrieren sich auf die östlichen Nachbarstaaten und den Raum des südlichen Mittelmeers. Ausdrücklich ausgenommen sind die westlichen Balkanländer, sowie Rumänien, Bulgarien und die Türkei.
- 2.3 Die Beziehungen zu **den fünf Nachbarn in Südosteuropa (SOE)**², wurden auf den Sondergipfeln in Zagreb (24.11.2000) und Thessaloniki (21.6.2003), sowie im Rahmen des "Stabilitätspaktes" und der vereinbarten Assoziierungsstrategie abgesteckt. Aktuell erarbeitet der EWSA auf Anfrage der italienischen Präsidentschaft dazu eine eigene Stellungnahme.³
- 2.4 Unter Würdigung des breiteren Ansatzes der EK konzentriert sich der EWSA auf die ursprünglich im Initiativantrag befürwortete Schwerpunktsetzung auf die drei "östlichen Nachbarländer": **Ukraine, Belarus und Republik Moldau**. Im Vergleich mit den anderen Nachbarstaaten sind diese bisher kaum in länderübergreifende Kooperations- oder Strategieüberlegungen eingebunden. Auch der EWSA hat seine Position und seine Möglichkeiten in Bezug auf diese Länder nicht ausdrücklich definiert.⁴
- 2.5 Den **südlichen Mittelmeer-Anrainerstaaten** wird im "**Barcelona-Prozess**" seit Jahren zu Recht politische Aufmerksamkeit und das eigene Förderungsprogramm MEDA gewidmet. An dieser Zusammenarbeit beteiligt sich der EWSA regelmäßig: Auf der Ministerkonferenz Europa-Mittelmeer in Barcelona (1995) wurde ihm der Auftrag erteilt, die Arbeit der Wirtschafts- und Sozialräte (oder vergleichbarer Einrichtungen) zu koordinieren – eine Aufgabe, die der EWSA erfüllt hat und auch weiterhin erfüllen wird, indem er jedes Jahr eine Konferenz Europa-Mittelmeer organisiert, themenspezifische Beiträge erarbeitet und bilaterale Beziehungen zu den Verbänden und Gewerkschaften der Region aufbaut. Der EWSA hat ferner bei der Kommission die Verwirklichung von Projekten im Rahmen von MEDA unterstützt. Diese Stellungnahme wird demnach nicht im Einzelnen auf die Mittelmeer-Strategie der EU eingehen, für die auf spezifische Dokumente und Aktivitäten verwiesen wird.
- 2.6 Die Mitteilung der Kommission gibt den Beziehungen zur Russischen Föderation (RF) nur wenig Raum. Die drei südlichen Kaukasusländer Georgien, Armenien und Aserbaidschan, ab 2007 Nachbarn der erweiterten EU an der östlichen Schwarzmeerküste, werden auf Aufforderung des Rates vom Juni 2003 in der nächsten Etappe berücksichtigt.

² Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro, Makedonien (FYROM), Albanien.

³ REX/153, Studiengruppe "Die Rolle der Zivilgesellschaft im Rahmen der neuen Strategie für den westlichen Balkan".

⁴ Gleichwohl werden diese Themen im Rahmen anderer Arbeiten berührt, wie beispielsweise in den Beziehungen zu Russland, der Auseinandersetzung um die Nördliche Dimension oder in der Zusammenarbeit auf Basis der gesamteuropäischen Verkehrskorridore, Letzteres schon seit Anfang der 90er Jahre.

3. Die Grundzüge der Kommissionsstrategie zur Nachbarschaftspolitik

- 3.1 **Hauptziel** der Nachbarschaftspolitik der EU ist, "einen Raum gemeinsamer Werte (Frieden, Freiheit, Prosperität) zu schaffen" und die Chance zu bieten, das wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Potenzial Europas zu erhöhen. Als Gegenleistung für politische und wirtschaftliche Reformen wird den betreffenden Ländern eine bessere Teilhabe am Binnenmarkt⁵ - angelehnt am Modell des Europäischen Wirtschaftsraums - in Aussicht gestellt. Neu für die östlichen Nachbarstaaten wären Freihandels- und Kooperationsabkommen, wie sie teilweise schon mit den Mittelmeer-Anrainerstaaten bestehen.
- 3.2 Das unverkennbare Interesse der EU ist die **Sicherung der Außengrenzen**. So sollen sich die neuen Nachbarn verpflichten, bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung mitzuwirken und zu diesem Zweck Rücknahmeabkommen abzuschließen. Die Zusammenarbeit in der Innen- und Justizpolitik sowie bei der Bekämpfung organisierter Kriminalität und Korruption soll verstärkt werden. Im Gegenzug soll der Grenzverkehr verbessert und durch Abkommen über die lokalen Visaregelungen durchlässig gestaltet werden.
- 3.3 Die bestehende Vertragsgrundlage von **Partnerschafts- und Kooperationsabkommen** (PKA) soll nicht erweitert, sondern vollständiger ausgeschöpft werden. Auf dieser Grundlage sollen für jedes Nachbarland oder einzelne Regionen Aktionspläne ausgearbeitet werden, die das Zusammenspiel von Reformen und Zugang zum EU Binnenmarkt in konkreten Schritten ausgestalten können. Die Frage einer Beitrittsperspektive wird ausdrücklich ausgeklammert, das heißt weder positiv noch negativ beschieden. Dabei ist der Artikel 49 EGV zu beachten, im Entwurf der Europäischen Verfassung Artikel 1 Absatz 2, demzufolge die Union allen europäischen Staaten offen steht, "... die ihre Werte achten und sich verpflichten, ihnen gemeinsam Geltung zu verschaffen".

4. Ergebnisse der Studienreise nach der Republik Moldau, Ukraine, Belarus

- 4.1 Diese **Vorstellungen** einer EU-Nachbarschaftspolitik wurden mit Vertretern **der zivilgesellschaftlichen Organisationen** (OZG) und der Politik in der Republik Moldau, Ukraine und Belarus diskutiert. Die Erwartungen an die Beziehungen zur EU, die Befürchtungen hinsichtlich neuer Grenzziehungen und die Besonderheiten jedes einzelnen Landes sollen in die Bewertung des EWSA mit einfließen.⁶

⁵ Das heißt, Teilhabe an den sogenannten 4 Freiheiten (Waren, Kapital, Personen und Dienstleistungen).

⁶ Die Gespräche wurden von einer kleinen Delegation der Studiengruppe geführt, die vom 5. bis 12. Juli 2003 nach Chisinau (Republik Moldau), Kiew (Ukraine) und Minsk (Belarus) reiste (s. DI 83/2003).

4.2 Kurzcharakteristik der Länder⁷

- 4.2.1 Im Mittelalter Teil des litauisch-polnischen Großreiches danach Teil des Zarenreiches und "Sozialistische Sowjetrepublik", erklärte **Belarus** am 26.8.1991 seine Unabhängigkeit als Republik, erhielt jedoch enge Bindungen an Russland aufrecht, mit dem es seit geraumer Zeit einen Unionsvertrag verhandelt. Belarus gehört der OSZE an. Sein Gaststatus im Europarat ist seit 1997 wegen Verletzung der Statuten ausgesetzt. Seit dieser Zeit haben die EU sowie viele einzelne Mitgliedstaaten ihre diplomatischen Beziehungen stark eingeschränkt oder ganz eingestellt.
- 4.2.2 Auch die **Ukraine** gehörte teilweise zum litauisch-polnischen Großreich, und ein Teil der Anfang des 20. Jahrhunderts bestehenden Ukrainischen Nationalrepublik wurde Gründungsmitglied der Sowjetunion. Nach 1945 kamen einzelne Gebiete von Galizien, Teile der Ostslowakei, die Nordbukowina sowie 1954 die Krim hinzu. Am 24.8.1991 erklärte die Ukraine ihre Unabhängigkeit. Sie gehört der UNO an und beteiligt sich an den Aktivitäten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). Seit 1995 ist sie Mitglied im Europarat. Die Mitgliedschaft in der WTO steht noch aus.
- 4.2.3 Das "Fürstentum Moldova" wurde 1812 als "Bessarabien" vom zaristischen Russland annektiert. Seit dem 27.8.1991 ist **die Republik Moldau** unabhängige Republik, 1994 entschied sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen einen Anschluss an Rumänien. Die östliche Grenzregion zur Ukraine, Transnistrien, erhebt seit 1991 unter dem Einfluss des ehemaligen Sowjetgenerals Smirnow den Anspruch auf Autonomie und teilt faktisch das Land. Die Republik Moldau ist Mitglied der WTO und nimmt am Südosteuropa-Stabilitätspakt teil.

4.3 Grundsätzliche Bewertung der EU-Nachbarschaftspolitik

- 4.3.1 Die **schärfste Kritik** am Ansatz der EK kommt von **ukrainischer Seite**. Die Orientierung in Richtung EU ist dort zum Impuls für Reformen geworden, der alle Schichten der Gesellschaft vereint, wenngleich man nicht unbedingt immer dasselbe darunter versteht. Die meisten ukrainischen Gesprächspartner forderten mehr Anerkennung als europäisches Land und als wichtiger strategischer Partner einer erweiterten EU. Die angebotene Perspektive sei enttäuschend und unklar, da jeglicher Hinweis auf eine mögliche EU-Mitgliedschaft vermieden werde. Dennoch hat man recht schnell die EU-Initiative positiv gewendet und gestaltet nun intensiv die Chancen, die sich bieten.

⁷ Weitere Informationen sind in einer Übersicht im Anhang enthalten.

- 4.3.2 Für die **Republik Moldau** ist die Annäherung an die EU auch eine Strategie des Überlebens, wünschenswerterweise über eine vollständige **Teilnahme am Assoziierungsprozess für SOE**. Das PKA, so gesteht man durchaus selbstkritisch ein, sei noch nicht hinreichend ausgeschöpft. Die Republik Moldau wünscht sich eine echte Chance der Wahl oder besser Balance in der Abhängigkeit zwischen den mächtigen Nachbarstaaten.
- 4.3.3 In **Belarus** ist die Entscheidung über eine **Orientierung in Richtung EU oder RF** noch nicht gefallen. Die Unionsperspektive mit Russland wird vom Präsidenten populistisch genutzt und sie hat Konsequenzen in vielen Bereichen des Alltags. Die EU sei mit ihrer Politik der Distanzierung in eine Sackgasse geraten und es sei ein großes Defizit entstanden, die demokratischen Vorstellungen und Werte der EU den Menschen nahe zu bringen. Es wäre ein Fehler, Belarus mit dem Präsidenten Lukaschenko gleichzusetzen, so lautete der Kommentar eines Experten. Mittlerweile zeichnen sich auch zunehmend Konflikte im Verhältnis zur RF ab.

4.4 **Erwartungen hinsichtlich wirtschaftlicher Konsequenzen**⁸

- 4.4.1 Die **ukrainische Wirtschaft** weist hohe Wachstumsraten aus (9,1% in 2001) und eine drastisch gefallene Inflationsrate (von 28,2 in 2000 auf 1,2% in 2001). Auch verfügt das Land über gute Potenziale, sowohl an Rohstoffen und fruchtbarem Boden als auch an gut ausgebildeten Menschen. Viele Gesprächspartner in der Ukraine befürchten nun, dass die bevorstehende Osterweiterung der EU ihrem Land **mehr Nach- als Vorteile** bringen wird. Zumindest für eine bestimmte Dauer werden die Handelsbeziehungen mit den heutigen Beitrittsländern empfindlich gestört. Neue tarifäre und nicht-tarifäre Hemmnisse ebenso wie das Schengen-Abkommen mit strengen Grenzkontrollen und Visabestimmungen haben den bisher weitgehend freien Personen- und Warenverkehr mit den unmittelbaren Nachbarstaaten drastisch eingeschränkt.
- 4.4.2 Die **Republik Moldau** ist auch nach der staatlichen Unabhängigkeit von der RF **ökonomisch abhängig**: 98% des Erdgasverbrauchs werden von dort eingeführt und mangels Geldes durch Verkauf von Anteilen an den (staatlichen) Unternehmen bezahlt. Daneben gibt es gegenwärtig kaum ausländische Investoren. Moldawien ist mit geringem Wachstum und hoher Inflationsrate zum Armenhaus Europas geworden: Mehr als die Hälfte der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze von 2 US-Dollar pro Tag. Schätzungsweise 70% der ökonomischen Wertschöpfung werden in der **Schattenwirtschaft** erbracht. Die meisten moldawischen Gesprächspartner befürchten weitere negative Auswirkungen durch die Erweiterung der EU, insbesondere mit Blick auf den Beitritt Rumäniens, der die wichtigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den beiden Ländern erschweren würde.

⁸

Weitere Daten zur Wirtschaftslage in der Länderübersicht im Anhang.

4.4.3 **Die wirtschaftliche Lage in Belarus verschlechtert** sich alarmierend: Vor 1991 galt das Land als "die Montagehalle der Sowjetunion", insbesondere für Rüstungsgüter und für Feinmechanik und hatte einen vergleichbar hohen Lebensstandard. Die jede "westliche Modernisierung" ablehnende Wirtschaftspolitik des herrschenden Regimes hat zu einem kritischen Investitionsstau geführt. 80% der Industrieanlagen seien faktisch abgeschrieben, so ein Experte in Minsk. So können die durchaus vorhandenen Potenziale und die geostrategisch günstige Lage (Transitland für russische Energielieferungen nach Westen und für Warenexporte nach Osten) nicht genutzt werden. Die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zu EU-Mitgliedstaaten sind auf einem solch niedrigen Niveau, dass die Verschiebung der EU-Außengrenze vor allem die Grenzregionen wirtschaftlich treffen wird und weniger die Gesamtsituation verändert.

4.5 **Sicherung der Grenzen und illegale Migration**

4.5.1 "Welches Interesse sollten wir haben, die Außengrenzen der EU zu sichern?" Dieser Satz symbolisiert die Haltung zu dem, was die EU als einen Interessenschwerpunkt ihrer Politik deutlich erkennen lässt. Die **Grenzproblematik** müsse mit mehr Verständnis und Weitblick angegangen werden.

4.5.2 Das zentrale Problem ist eine massiv wachsende **Emigration**, in der Regel von qualifizierten eher jungen Menschen. Nach übereinstimmenden Schätzungen sollen gegenwärtig allein mehr als fünf Millionen Ukrainer "illegal, oft getarnt als wiederkehrende Touristen" im Ausland leben und arbeiten, insbesondere in der RF und in der EU, auffallend zahlreich in Italien und Portugal. Diese "Auslandsukrainer" überweisen gut eine Milliarde Euro jährlich an ihre Familien im Heimatland. Ein ähnliches Bild ergibt sich für Belarus und Moldawien. Den Status und die Zukunft dieser "Illegalen" gilt es dringend und gemeinsam zu klären. Diese Probleme lösen sich nicht mit Rücknahmeabkommen.

4.5.3 Unübersehbar und schlicht nicht hinnehmbar ist das Ausmaß von **Menschenhandel** und Zwangsprostitution, einschließlich Kindesmissbrauch, die über die Grenzen betrieben werden. Die Ansätze grenzüberschreitender Ermittlungsarbeit und der Schutz der Opfer müssen ganz oben auf der Liste der Prioritäten der EU stehen.

4.5.4 Die Sicherung der Grenzen entsprechend dem Schengen-Abkommen solle dem kleinen Grenzverkehr sowie den Wirtschaftsbeziehungen und der allgemeinen Freizügigkeit möglichst wenig abträglich sein. Alleingelassen sieht man sich auch bei der Bewältigung der abgewiesenen **Migranten aus Drittstaaten**, die an der neuen EU-Außengrenze aufgrund schärferer Kontrollen gestoppt würden und deren Schutz ein humanitäres Problem darstelle.

4.6 Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen⁹ und ihre Erwartungen hinsichtlich der Beziehungen zur EU

- 4.6.1 In allen drei Ländern gibt es ein umfassendes **Netz an zivilgesellschaftlichen Organisationen**, mit der größten Zahl in der Ukraine, wo schätzungsweise über 20.000 auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene in unterschiedlichsten Bereichen tätig sind. Selbst in Belarus schätzt man 3.000, davon 2.000 legal registriert. Allerdings sagt die bloße Zahl wenig über die Bedeutung und Unabhängigkeit bzw. die Rechte der Organisationen aus. Nur wenige sind in der Lage, sich über Mitgliedsbeiträge zu finanzieren. Gleichwohl gibt es in jedem Land eine Reihe ernst zu nehmender Akteure.¹⁰
- 4.6.2 Die Organisationen der **Sozialpartner** tragen die charakteristischen Züge, wie sie in den heutigen Beitrittsländern auch zu erkennen waren und sind. Allerdings gilt für Belarus, dass weite Teile der reformierten ehemaligen Staatsgewerkschaften mittlerweile von der Präsidentschaftsverwaltung beherrscht und nicht mehr unabhängig sind. Die Verbände privater Unternehmen sind noch eher klein und haben kaum Ansätze branchenbezogener Arbeitsstrukturen. Die Industrie- und Handelskammern sind sehr aktiv und bisweilen als verlängerter Arm der Außenwirtschaftsbeziehungen unentbehrlich. Die Zusammenarbeit zwischen den Organisationen funktioniert leidlich gut.
- 4.6.3 Für alle Gesprächspartner war eindeutig und von großer Wichtigkeit, im Austausch mit zivilgesellschaftlichen EU-Organisationen und Institutionen einen **praktischen Erfahrungsaustausch** zu organisieren. Das Informationsbedürfnis war groß und breit gefächert: angefangen von Verbandsstrukturen, Wirtschaftskontakten, Hintergrundinformationen zu Unternehmen, Dialog- und Verhandlungsstrukturen bis hin zu Themen wie Jugendpolitik, Verbraucherpolitik, e-learning u.v.m.
- 4.6.4 Der EWSA war weitgehend unbekannt und seine Arbeit und die Möglichkeit der Kontaktaufnahme rief ein um so größeres Interesse hervor. Der Aufbau **regelmäßiger Beziehungen mit dem EWSA** wird ausdrücklich begrüßt, vor allem weil der institutionelle Rahmen und die Zusammenarbeit aller zivilgesellschaftlichen Akteure auf europäischer Ebene in einem Gremium einen einfacheren Zugang verspricht.

⁹ Eine genaue Darstellung der OZG sollte in Vorbereitung auf das Kolloquium, 6.2.4, in Auftrag gegeben werden.

¹⁰ Zur Zeit der Studienreise liefen eindeutig repressive Verfahren gegen die Kernorganisation der NGO in Belarus, die als Ressourcen-Center für andere aus dem ländlichen Raum fungiert.

4.7 Die Förderpolitik der EU

- 4.7.1 Die Urteile über die Erfahrungen mit der Förderpolitik der EU, vor allem **TACIS**, waren gespalten, zum Teil sehr kritisch, insofern es den **bürokratischen Aufwand** insbesondere vor Projektbeginn anbetrifft. Gewünscht wurde u.a. mehr Unterstützung zum Ausbau der Infrastruktur und Stärkung der Organisationen selbst ("*institution building*"), nicht nur ihrer Beziehungen zur Regierung, mehr grenzüberschreitende Zusammenarbeit vor allem mit lokalen und regionalen Einrichtungen. Kritikpunkte waren "fehlende Nachhaltigkeit" auch wegen der knappen Laufzeiten der Förderung oder - besonders im Falle der Ukraine – das Fehlen einer individuelleren Unterstützung ähnlich dem PHARE-Programm.
- 4.7.2 Darüber hinaus sind die Vertreter der Zivilgesellschaft am weiteren Ausbau von Kontakten (wie von TAIEX für die Beitrittsländer gefördert), an einem regelmäßigem Erfahrungsaustausch (wie von TWINNING gefördert) und an der "Einbindung in die europäischen Dialogstrukturen" stark interessiert, worauf im Kapitel "*Empfehlungen*" näher eingegangen wird.

5. Besondere Bemerkungen des EWSA

5.1 Binnenmarktzugang und Reformen

Das Angebot der Kommission für eine engere wirtschaftliche Kooperation sowie das Bemühen, eine einheitliche Grundlage für alle Nachbarstaaten herzustellen, ist positiv, desgleichen die Strategie, in jährlichen Aktionsplänen rasch konkrete Erfolge zu erzielen. Mit einer Vermittlung europäischer Werte und einer echten Annäherung an das EU-Gesellschaftsmodell hat dies jedoch wenig zu tun. Aus den laufenden Beitrittsverhandlungen hätte vielmehr die Konsequenz gezogen werden müssen, dass die **soziale und demokratische Dimension** zu einer Integrationspolitik dazugehört. Vieles spricht dafür, mit dem Prinzip der Konditionalität weitsichtig umzugehen. Einerseits haben Aussichten auf Marktzugang begrenzten Einfluss auf innere Reformen, andererseits kann es durchaus sinnvoll sein, bei der Nichterfüllung von Konditionen die Aktivitäten nicht vollends einzustellen, sondern Reformkräfte zu unterstützen.

5.2 Die Option eines europäischen Wirtschaftsraumes

- 5.2.1 Die in der Mitteilung angedeutete Option eines europäischen Wirtschaftsraumes, ähnlich dem des heutigen EWR, ist **kein geeignetes Modell** für die Nachbarschaftspolitik der EU. Die charakteristischen Merkmale des EWR sind die volle Übernahme der Binnenmarktregeln und die Kapazität, diese auch zu überwachen und dabei zugleich nur einen sehr begrenzten Einfluss auf die politischen Entscheidungen der EU zu haben. Die heutigen Länder des EWR haben konkurrenzfähige Wirtschaftssysteme und stabile politische und soziale Systeme und entscheiden sich aus freiem Willen, nicht beizutreten. Für die östlichen Nachbarstaaten ist die Option EWR eine Illusion: würden sie die Voraussetzungen erfüllen, könnten sie genauso gut Mitgliedstaat werden. Erfüllen sie die Voraussetzungen nicht, dann ist der Zugang zum

Binnenmarkt einseitig oder für ihre Wirtschaften brisant und die Gefahr von Sozialdumping und Wettbewerbsverzerrung groß.

- 5.2.2 Für alle drei Länder gilt, dass ihre Produktionsstruktur und ihre Handelsvoraussetzungen eine einseitige Orientierung auf den EU-Markt heute nicht erlauben. Für bestimmte Erzeugnisse, beispielsweise aus der Landwirtschaft oder Energie, ist Russland unverzichtbar. Sie sind also objektiv gezwungen, zweigleisig zu agieren und ihre eigene **Balance zwischen den Handelspartnern** zu finden. Unklar ist zur Zeit, inwieweit die Bildung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von der RF, Ukraine, Belarus und Kasachstan mit dem Abkommen von Jalta vom 19.9.2003 mit der Annäherung an die EU grundsätzlich konfligieren könnte.

5.3 Mitgliedschaft: ja oder nein

Es hat sich als Trugschluss herausgestellt, dass man die Frage der EU-Mitgliedschaft vermeiden könnte. Alle Versuche, eine "Nachbarschafts"-Definition zu finden, die darüber keine Aussage trifft, haben eher provoziert, als zur Klärung beigetragen. Ein offener Umgang mit dieser Frage wäre besser. Wenngleich die EU ihre jetzige Erweiterung erst einmal bewältigen muss, lässt sich dies doch mit der Verpflichtung vereinbaren, die Tür grundsätzlich offen zu halten (siehe 3.3). Damit wird diesen Ländern eine **stärkere Rolle in der europäischen Integration** zugestanden **und** dies ist ein wichtiger Impuls für Reformen. Die Entwicklung in den nächsten Jahren wird für diese Grundsatzfrage entscheidend sein.

5.4 Die östliche Dimension

Im Zuge der Debatte um die EU-Nachbarschaftspolitik hat sich Polen mit einem neuen Ansatz für die EU-Außenpolitik einen Namen gemacht. Ihr Entwurf einer "Östlichen Dimension" bezieht sich auf die Länder Belarus, Ukraine und die RF und fordert grundsätzlich eine intensivere Befassung mit den anstehenden Problemen der neuen Grenzziehung und eine stärkere Verbindung und Annäherung an diese Staaten. In diesem Sinne bezeichnet "Östliche Dimension" **die Aufforderung an die EU-Außenpolitik, hier zukünftig einen Schwerpunkt zu setzen**. Trotz ähnlicher Ausgangslage spricht jedoch vieles dafür, die Beziehungen zu diesen Ländern individuell zu gestalten.

6. Länderbezogene Empfehlungen

6.1 Besondere Empfehlungen betreffend die Ukraine

- 6.1.1 **Die Ukraine** ist vielleicht das von der Osterweiterung der EU am stärksten betroffene und gleichzeitig das am weitesten fortgeschrittene Land unter den osteuropäischen Nachbarn. Die ihr zufallende **Rolle als Motor** in der östlichen Nachbarregion der EU wird es nur dann voll ausfüllen können, wenn weitere Fortschritte für ein unabhängiges Rechtswesen und für die parlamentarische Demokratie verwirklicht werden. **Durchgreifende Wirtschaftsreformen** und die Annäherung an die Standards und Normen der EU sind in diesem Prozess

entscheidend. Die noch verbleibenden – nach Aussage der EK eher technischen – Probleme, die einer Anerkennung des Status einer Marktwirtschaft in der Ukraine und einer Aufnahme in die WTO noch entgegenstehen, sollten so rasch wie möglich gelöst werden.

- 6.1.2 Der EWSA begrüßt die Pläne für eine rasche Formulierung des Aktionsplans 2004, sowohl von ukrainischer wie auch EU-Seite und plädiert für Transparenz und Konsultationen mit den ukrainischen OZG. Der EWSA folgt den Empfehlungen des EP, die **Beziehungen zur Ukraine aufzuwerten**. Dies sollte auch die Vorbereitung auf engere Handelsbeziehungen und die Prüfung eines visafreien Grenzverkehrs zwischen der erweiterten EU und der Ukraine mit einschließen.
- 6.1.3 Die EU sollte die auf die Ukraine übertragbaren Elemente aus dem PHARE-Programm übernehmen, um so zur Beschleunigung des Transformationsprozesses beizutragen.

Besondere Aufmerksamkeit sollte auch der "Euroregion Karpaten" (westliche Ukraine) zukommen und einer verbesserten Förderung der grenzüberschreitenden interregionalen Zusammenarbeit über Möglichkeiten der Gemeinschaftsinitiative INTERREG.

6.2 Besondere Empfehlungen betreffend die Republik Moldau

- 6.2.1 **Die Lösung des Transnistrien-Konflikts**, der eine faktische Teilung des Landes bedeutet, ist letztlich eine Voraussetzung für viele weitere politische und wirtschaftliche Entwicklungsprojekte. Die EU sollte ihr Engagement für eine rasche Lösung des Konflikts verstärken und das Zusammenwachsen fördern.
- 6.2.2 Prinzipiell sind die gleichen **politischen und wirtschaftlichen Reformen** wie in der Ukraine auch in Moldawien notwendig und dringend. Hier erstickt die Korruption aufgrund der Armut oft jede privatwirtschaftliche Initiative. Trotz höchster Förderquote pro Einwohner ändert sich offensichtlich zu wenig strukturell und in den politischen Rahmenbedingungen.
- 6.2.3 Mehr Augenmerk sollte sich auf die Förderung der zivilgesellschaftlichen Organisationen (**OZG**) richten. Sie können einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der im vorigen Absatz erwähnten Probleme - insbesondere der Bekämpfung der Korruption - leisten.

6.3 Besondere Empfehlungen betreffend die Republik Belarus

- 6.3.1 **Der Aktionsplan der EK** in der künftigen Nachbarschaftspolitik mit Belarus sollte einen klaren Schwerpunkt auf den freien Zugang zu allen Informationen und die Unterstützung der unabhängigen Medien legen.
- 6.3.2 Die EK sollte so bald als möglich, die in Minsk bestehende "Filiale" ihrer "Delegation" in Kiew, das als "Büro zur Umsetzung der technischen Hilfe" unter den herrschenden Bedingungen ausgezeichnete Arbeit leistet, in eine **eigenständige Delegation** umwandeln. Mehr Presse-

und Öffentlichkeitsarbeit gerade im Vorfeld der kommenden Parlaments- und Präsidentschaftswahlen wäre wichtig.

- 6.3.3 Die Förderung demokratischer Strukturen und zivilgesellschaftlicher Organisationen erfordert Sachkenntnisse und Kontakte im Land. Insbesondere für Belarus gilt, dass Ansätze von Tacis-Projekten mit dieser Zielsetzung nicht ohne **Vorabtreffen der beteiligten Partner** starten können. Die eingeschränkten Beziehungen der EU zu Belarus haben hier große Defizite hinsichtlich der Kommunikation und des wechselseitigen Verständnisses entstehen lassen.
- 6.3.4 Der EWSA begrüßt die Verschärfung im Vorgehen gegen die Menschenrechtsverletzungen in Belarus, einerseits im Rahmen der Allgemeinen Zollpräferenzen von Seiten der EU, andererseits durch die Einleitung eines Verfahrens (mission of inquiry) von Seiten der IAO.

7. Länderübergreifende Empfehlungen

7.1 Empfehlungen an die EK, Rat und EP

- 7.1.1 Der EWSA begrüßt die im Juli 2003 bestätigte Absicht der EK, "die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit den östlichen und südlichen Nachbarn der erweiterten EU aufzuwerten" und Kooperationsangebote zu verstärken, nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet sondern auch in der Innenpolitik und Rechtsangleichung. Hinsichtlich der Erleichterungen des Zugangs zum Binnenmarkt der EU empfiehlt der EWSA eine **proaktive Strategie**, die unterstützt wird durch eine Anpassung an technische Standards, eine Integration der Verkehrs-, Energie- und Telekommunikationsnetze verbunden mit der Unterstützung für die Anpassung dieser Länder an die rechtlich-administrativen Voraussetzungen für Unternehmertätigkeit, wie beispielsweise "intellectual property rights, rules of origin" (geistige Eigentumsrechte, Ursprungsregeln) oder den Aufbau von Kompetenzen in der öffentlichen Verwaltung.
- 7.1.2 Die Vorschläge zur innerorganisatorischen Umsetzung dieser Ziele in der EK sind weniger überzeugend. Die generaldirektions-übergreifende Zusammenarbeit ist zwar sinnvoll, allerdings nur, wenn die politische Zuständigkeit und **Handlungsfähigkeit** stark genug und klar definiert ist. Unter dem Label "Wider Europe" subsumiert man afrikanische wie europäische Staaten. Der EWSA empfiehlt, die Regionen "östliche Nachbarstaaten" und "südliches Mittelmeer" zu trennen, um den Besonderheiten dieser Länder besser gerecht zu werden, insbesondere den schon festgelegten Zielen der Euro-Mediterranen Strategie.
- 7.1.3 Als **vorrangige Aufgaben** empfiehlt der EWSA konkrete Projekte auf folgenden Arbeitsfeldern:
- Förderschwerpunkt für den Aufbau unabhängiger OZG und des zivilen Dialogs; Stärkung der Sozialpartner und des sozialen Dialogs, insbesondere auch auf betrieblicher Ebene;

- Maßnahmen, um die Schaffung solider Bedingungen für die Unternehmens- und Marktwirtschaftsreform sowie bevorzugte Handelsbeziehungen und Instrumente zur Förderung und zum Schutz von Investitionen zu unterstützen;
- menschenfreundliche Rechtsvorschriften zur Erleichterung des freien Personenverkehrs an den neuen Außengrenzen der EU, um die Verbindungen zwischen den "neuen Nachbarn" und den neuen Mitgliedstaaten der EU so wenig wie möglich zu erschweren. Es muss unbedingt verhindert werden, dass neue Mauern entstehen.¹¹;
- verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von Menschenhandel und internationaler Kriminalität;
- Bekämpfung der Korruption, auch als ein wesentliches Hindernis für ausländische Direktinvestitionen; die Unterstützung durch unabhängige zivilgesellschaftliche Organisationen ist hier unerlässlich;
- Übergangslösungen für die illegalen Migranten aus diesen Ländern, die sich in der EU aufhalten¹²;
- gemeinsame Strategien zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten (HIV, Tuberkulose);
- umweltpolitische Kooperationsprojekte;
- Projekte zur Förderung des kulturellen, wissenschaftlichen und bildungspolitischen Austausches und die Öffnung einzelner Agenturen der EU für die interessierten Nachbarländer¹³;
- eine bessere EU-Informationspolitik durch Eröffnung von Euro-Info-Zentren und Unterstützung der Arbeit freier Medien, unter Umständen durch Austauschprogramme für Journalisten;
- komplementär sollte die Berichterstattung über die Länder in der EU intensiviert werden;
- die Einführung grenzüberschreitender Kooperationsprogramme zwischen den Beitrittsstaaten und den "neuen Nachbarstaaten" insbesondere im Bereich allgemeine und berufliche Bildung sowie der wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit.

¹¹ Beispielsweise mit Dauervisa ohne oder mit symbolischer Gebühr; die Erfahrungen mit dem finnisch-russischen Grenzregime zeigen, dass dies mit einer Schengen-Grenze sehr gut vereinbar ist. Im Grenzverkehr zwischen Polen und der Ukraine, Ungarn und der Ukraine sowie Kaliningrad sind kürzlich kostenlose Visa vereinbart worden. Mittlerweile liegt auch ein Vorschlag der EK zum kleinen Grenzverkehr vor, der in die richtige Richtung weist.

¹² Zwischen der Ukraine und Portugal wurde kürzlich ein Abkommen über den befristeten Aufenthalt ukrainischer Arbeitnehmer unterzeichnet. Portugal und Griechenland haben mittlerweile jeweils bilateral mit der Ukraine Einwanderungsquoten vereinbart.

¹³ Die Europäische Stiftung für Berufsbildung in Turin bezieht die drei Länder bereits seit der Gründung Mitte der 90er Jahre ein.

- 7.1.4 Die EK stellt ab 2007 ein neues Finanzierungsinstrument für die Nachbarschaftspolitik in Aussicht. Dabei müssen die derzeitigen Praktiken des TACIS-Programms, die zu bürokratisch und zu weit von den tatsächlichen Bedürfnissen der Gesellschaft der betroffenen Länder entfernt sind, überwunden werden. Der EWSA schlägt vor, einerseits bestimmte Projekte (Infrastrukturen, Umwelt, Bildung) zu fördern, andererseits den Aufbau unabhängiger Organisationen der Zivilgesellschaft und ihre Zusammenarbeit mit den Partnern in der EU zu stärken. Die Kooperationsprojekte sollten sich insbesondere auf Themen wie die Entwicklung des Unternehmergeistes und der Innovation, die Transparenz des wirtschaftlichen Lebens und die Bekämpfung der Korruption, die Förderung des sozialen Dialogs, die Bekämpfung jeglicher Formen der Diskriminierung, die Chancengleichheit zwischen Mann und Frau, die Stärkung der lokalen Entscheidungsträger, den Schutz der Umwelt sowie die Wertschätzung des Kulturerbes und der kulturellen Vielfalt konzentrieren.
- 7.1.5 Der EWSA empfiehlt, die nationalen Aktionspläne und die Projekte der Nachbarschaftspolitik miteinander zu verbinden und bei der jährlichen Revision der Aktionspläne mit aufzuführen. Eine finanzielle Unterstützung könnte dann an das Bestehen eines "mittelfristigen Reformprogramms" geknüpft werden. **Jährliche Fortschrittsberichte** würden mehr Transparenz und Erfolgskontrolle sicherstellen. Sie sollten auch Gegenstand von **Konsultationen** in diesen Ländern sein, nicht nur in den respektiven Gremien und gemeinsamen Ausschüssen mit der EU. Ein solcher Ansatz setzt aber voraus, dass ein Vertrauensverhältnis aufgebaut wird und die Ziele der Nachbarschaftsbeziehungen nicht einseitig von der EU vorgegeben werden.

7.2 Empfehlungen an die weitere Befassung im EWSA

- 7.2.1 Die vom EWSA seit Jahren praktizierten "strukturierten Dialoge" mit den Partnerorganisationen in den "Beitrittsstaaten", einzelnen Regionen (AKP, MERCOSUR) oder bilateral (China, Indien) zeigen positive Wirkungen. Dieses Instrument sollte auch in Bezug auf die drei östlichen Nachbarländer in Form von **Verbindungsausschüssen** genutzt werden. Damit könnte man unmittelbar handeln und längerfristig die Einrichtung "Gemischter Beratender Ausschüsse (GBA)" vorbereiten, die grundsätzlich im Rahmen der bestehenden PKA realisiert werden können.
- 7.2.2 Um das offenkundig vorhandene Informationsdefizit zu mildern, sollten der Zugang zu den über **Internet** verfügbaren EWSA-Dokumente und Veröffentlichungen speziell diesem Benutzerkreis näher gebracht werden. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Umwelt- und Verbraucherschutzverbände, die bisher wenig Möglichkeiten der freien Entfaltung hatten.

- 7.2.3 Inhaltlich sollte sich der EWSA neben dem Aufbau starker Organisationen und einem effektiven sozialen und zivilen Dialog insbesondere mit dem Thema "**Umgang mit illegalen Migranten**" befassen; hier hat der EWSA bereits im Juni 2001 wichtige Vorschläge gemacht.¹⁴
- 7.2.4 Der Aufbau enger Kontakte des EWSA zur OZG der östlichen Nachbarstaaten ist eine langfristige Aufgabe und wird wesentlich bereichert durch die neuen Mitgliedstaaten mit ihren Kenntnissen und Kontakten, die sie in eine EU-weite Strategie einbringen. Als Auftakt empfiehlt sich die Durchführung eines **Kolloquiums im EWSA**, nach dem Vorbild der Konferenz mit den Beitrittsländern, dies unter Einschluss von Repräsentanten aus der RF, um weitere Anregungen für die künftige Gestaltung der Beziehungen zur EU zu erhalten. Es sollte in Brüssel möglichst **im Herbst 2004** stattfinden.
- 7.2.5 **EWSA und EP** sollten wo immer möglich **stärker kooperieren** und den Erfahrungsaustausch zwischen den jeweiligen Verbindungsausschüssen pflegen.
- 7.2.6 Die nächsten Schritte von EK und Rat werden sich vor allem auf die konkreten **Aktionspläne** beziehen. Der EWSA kann hier einen wichtigen Beitrag leisten und sollte sich entsprechend beteiligen.
- 7.2.7 Der EWSA als Vertretung der organisierten Zivilgesellschaft der EU sollte die einzelstaatlichen Verbände in den Mitgliedstaaten veranlassen, Kontakte mit der Zivilgesellschaft dieser Länder zu suchen und zu pflegen, um deren demokratische und soziale Entwicklung zu unterstützen.

7.3 Weitere Anregungen

- 7.3.1 Die "Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)", der Europarat sowie die Vereinten Nationen leisten wichtige Arbeit in den betreffenden Ländern. Die EU sollte ihre Aktivitäten daran ausrichten.
- 7.3.2 Die Nachbarländer der erweiterten EU werden sich um so schneller dem EU-Durchschnitt annähern, je mehr sie von privaten Direktinvestitionen sowie von langfristigen Krediten profitieren können. Deshalb sollten die **Fonds der Europäischen Investitionsbank (EIB)** für diese Länder unmittelbar **zugänglich sein** sowie die Möglichkeiten der Europäischen Bank für den Wiederaufbau Europas (EBRD) verstärkt werden.
- 7.3.3 Die EU sollte ein stärkeres Gegengewicht zur Politik von Internationalem Währungsfonds (IWF) und Weltbank bilden, indem sie Wege **zu sozial ausgewogenen Reformen** aufzeigt, insbesondere in der Unterstützung für die Reformen der Sozialschutzsysteme. Im Gegenzug

¹⁴ ABl. C 260 vom 17. September 2001, S. 104.

sollten Weltbank und IWF gleichermaßen in die Pflicht genommen werden, die Organisationen der Sozialpartner und der Zivilgesellschaft zu stärken. Dies sollte in enger Zusammenarbeit mit dem EWSA, anderen EU-Institutionen und der Internationalen Arbeitsorganisation geschehen.

8. Die Rolle der Russischen Föderation (RF)

- 8.1 Die Zukunft der Länder Belarus, Ukraine und Republik Moldau ist maßgeblich geprägt durch ihr Verhältnis zur RF. Aus diesem Grund – aber auch grundsätzlichen Überlegungen, die der Bedeutung der RF Rechnung tragen - sollte die EU an einer engeren Zusammenarbeit mit der RF interessiert sein und die Beziehungen weiter ausbauen. Der EWSA sollte dies auch in seiner Arbeit berücksichtigen und die Kontakte zu den Organisationen in der RF verstärken.
- 8.2 Auf der Grundlage des revidierten PKA und der "Gemeinsamen Strategie" der EU und ihrer Mitgliedstaaten mit Russland sollte auch der EWSA seine Vorstellungen in einer eigenen Stellungnahme präzisieren. Neben dem Ziel, die Zusammenarbeit auf zivilgesellschaftlicher Ebene zu fördern und ein tieferes Verständnis füreinander zu schaffen sollte es darum gehen, die demokratische Entwicklung und die Reformprozesse in der RF zu unterstützen, wie sie sich etwa bei der Integration in die WTO ergeben werden. Das unter Ziffer 7.2.4 vorgeschlagene Kolloquium im Herbst 2004 schließt selbstverständlich die Beteiligung aus der RF mit ein und könnte als Auftakt dienen. Ein "Runder Tisch", wie beispielsweise mit Indien realisiert, wäre eine mögliche Arbeitsplattform für weitere Schritte und eine Verstärkung der Beziehungen EU-RF.

Brüssel, den 11. Dezember 2003

Der Präsident
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Der Generalsekretär
des Europäischen Wirtschafts- und
Sozialausschusses

Roger BRIESCH

Patrick VENTURINI

COUNTRY PROFILE: UKRAINE	
<i>Basic data (June 2003)</i>	
POPULATION:	49,5 Millions (2002), 51,5 Millions (1995)
LIFE EXPECTANCY:	Women: 72,8 years; Men: 61,6 years
ETHNIC GROUPS:	Ukrainians (73%), Russians (22%), Others (5%)
CAPITAL:	Kiev (Kyiv): 2,6 Mio inhabitants
TERRITORY:	603.700 km ² (largest European country, not counting the Russian Federation)
DENSITY:	85 inhabitants / km ²
INSTITUTIONAL AND POLITICAL FACTS	
CONSTITUTION:	Adopted in June 1996
FORM OF STATE:	Presidential-parliamentary Republic
HEAD OF STATE:	Directly elected President with 5-year term: Leonid KUCHMA (since 1994, reelected Nov. 1999)
GOVERNMENT:	▶ Prime Minister: Viktor YANUKOVYCH; ▶ Foreign Minister: Konstantyn GRYSHENKO
PARLIAMENT:	One chamber: RADA with 450 members, elected for a 4-year term
MAIN POLITICAL PARTIES:	▶ "NU" = "Blok Nasha Ukraina" (Cons.-liberal): 112 ▶ "ZYU" = "Blok Za Yedim Ukrainu" (Centrist): 102 ▶ "KPU" = "Kommunist tychoo Partija Ukrainy": 66
INTERNATIONAL AFFILIATIONS:	▶ Member of the Council of Europe (since Nov. 1995) Member of the UNO and the OSCE ▶ Demand for membership to the WTO to be decided 2003/04
MAIN RELATIONS WITH THE EU:	▶ "Partnership and Cooperation Agreement (PCA)" since March 1998 ▶ "Common Strategy" since Dec. 1999 (4 year period) ▶ "Long term goal strategy for EU Membership" (announced by the UKR. Government early 2002 in the perspective of accession in 2011)
CIVIL SOCIETY:	At present probably thousands of registred NGO's (1996: 400) in all fields for political, social, environmental, cultural or religious activities
ORGANISED CIVIL SOCIETY:	▶ (Traditional) "Federation of Trade Unions" (ca. 20 Mio members, 1996) ▶ Independant Trade Unions (1996: ca. 700.000 members)

MAIN ECONOMIC DATA FOR UKRAINE

Gross Domestic Product	2001 42 Bn Euro
GPD Per Capita	2001 855 Euro (3,4% of the EU GDP)

	1998	1999	2000	2001
Real GDP (% growth)	-1,9	-0,2	5,9	9,1
Inflation rate (%)	10,6	22,7	28,2	12
Current Account Balance (% of GDP)	-3,1	2,6	4,7	3,5

Currency: Hrywnya (1 EUR = 5,5 Hrywnyas, Jan. 2003)

GDP BY SECTORS

	1995	1998	2000
Agriculture	25,6	15,4	13,9
Industry	44,6	42,3	38,5
Services	29,9	42,3	47,7

TRADE WITH THE WORLD (2002 in Mio EUR)

Imports:	18 665 (World share: ca. 0,4%)
Exports:	16 139 (World share: ca. 0,3%)

EU TRADE WITH UKRAINE (Mio EUR and %)

Rank IMPORTS	1993	2001	2002	Rank EXPORT	1993	2001	2002
	40	1.011	3.598	37	1.574	4.865	5.437
Share of EU Total (%)	0,2	0,4		Share of EU Total (%)	0,3	0,5	

MAIN PRODUCTS IN 2001 (Mio EUR and %)

EU Imports			EU Exports		
Products	Value	Ukraine share of EU total by products	Products	Value	Ukraine share of EU total by products
Agricultural products	587	0,7	Machinery	1.531	0,5
Textiles and clothings	440	0,6	Transport		
Energy	671	0,5	Material	606	0,4
			Chemical products	651	0,5
					Balance
					1.411
					506
					367

EU FOREIGN INVESTMENT WITH UKRAINE (Mio EUR and %)

	1998	1999	2000		1998	1999	2000
Inflows	19	4	7	Outflows	166	87	61
Share of EU Total (%)	0,0	na	0,0	Share of EU Total (%)	0,1	0,0	0,0
Inward Stocks	21	15	22	Outward Stock	397	574	635 *
Share of EU Total (%)	0,0	0,0	0,0	Share of EU Total (%)	0,0	0,0	0,0

* 862 in 2002

NB: More Statistics in the Internet: <http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/data.htm> and in the Annexes of the Communication "Wider Europe" of the 11.3.2003.

COUNTRY PROFILE: MOLDOVA	
<i>Basic data (June 2003)</i>	
POPULATION:	4,3 Millions (2000), 4,5 Millions (1995)
LIFE EXPECTANCY:	67 years (average)
ETHNIC GROUPS:	Moldavians/speaking Romanian: 65%; Russians: 13%; Gagaz: 3,5%; Others: 4,7%
CAPITAL:	Chisinau (Kishenev): 656.000 inhabitants
TERRITORY:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ 34.000 km², ▶ incl. "Transdnistria", separatist region of 2.500 km² with 700.000 Russian speaking on the Eastern Border: 2.500 km², ▶ and "Gaguzian" of 2.000 km² with 200.000 inhabitants ethnically different inhabitants of Moldova on the Southern Border.
DENSITY:	127,6 inhabitants / km ²
INSTITUTIONAL AND POLITICAL FACTS	
CONSTITUTION:	Adopted in July 1994
FORM OF STATE:	Presidential-parliamentary Republic (independent from the SU since 1991)
HEAD OF STATE:	President directly elected for 5-year term, since April 2001: Vladimir VORONIN (PCM)
GOVERNMENT:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Prime Minister: Vasile TARLEV (PCM), since April 2001; ▶ Foreign Minister: Nicolae DUDAU (PCM), since Sept. 2001
PARLIAMENT:	101 Members, 4-year term, last election February 2001
MAIN POLITICAL PARTIES:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ "PCM" = "Partidul Communistilor din Moldova" (Communists): 71 ▶ "BEAB" = "Blocul Electoral Aliauta Braghis" (Centrist): 19 ▶ "PPCD" = "Partidul Popular Crestin Democrat" (Christian Democrats): 11
INTERNATIONAL AFFILIATIONS:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Member of the Council of Europe (since end 1995) with presidency in the Committee of Ministers (May-Nov. 2003) ▶ Member of the UNO and of the OSCE ▶ Member of the "Stability Pact for the Balkan "
MAIN RELATIONS WITH THE EU:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ "Partnership and Cooperation Agreement (PCA)" since July 1998 ▶ "TACIS National Programm since 1991 (plus specific programmes like the EIDHR)
CIVIL SOCIETY:	Several hundred NGO's are registered, but by 1996 only some dozen organizations could be considered active
ORGANISED CIVIL SOCIETY:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ The "General Federation of Trade Unions" (GFTU) is the successor organization of the soviet TU and remains virtually the only one, although there are legal provisions for independent Trade Unions. ▶ No information available from employers organizations.

- 19 -
MAIN ECONOMIC DATA FOR MOLDOVA

Gross Domestic Product	1,5 Billion Euro (2000)			
GPD per Capita	417 EUR (2000); 380 EUR (2002)			
	1997	1998	1999	2000
Real GPD (% growth)	1,6	-6,5	-3,4	1,9
Inflation rate (%)	11,8	7,7	39,3	31,3
Current Account Balance (% of GPD)	-12,5	-16,7	-2,6	-7,8
Currency:	Moldavian LEI (1 EUR = ca. 13 LEI)			

GDP BY SECTORS (% share per year)

	1995	1996	1999
Agriculture	33	30,2	25,1
Industry	32,2	29	21,6
Services	34,8	40,8	53,3

TRADE WITH THE WORLD (2002 in Mio EUR)

	1993	1995	2000	2002
IMPORTS:	528	643	1.461	998
World's share	0,02	0,02	0,03	0,02
EXPORTS:	413	570	873	636
World's share	0,02	0,02	0,02	0,02
TRADE BALANCE	-125	-73	-425	-362

EU TRADE WITH MOLDOVA (Mio EUR and %)

IMPORTS	Rank	1993	1995	2000	2002
	123	27	94	194	136
Share of EU Total (%)		0,01	0,02	0,02	0,02
EXPORTS		1993	1995	2000	2002
	112	65	148	336	278
Share of EU Total (%)		0,01	0,03	0,04	0,02
TRADE BALANCE		38	54	142	

MAIN PRODUCTS IN 2001 (Mio EUR and %)

EU Imports			EU Exports			
Products	Value	Moldavia's share by products	Products	Value	Moldavia's share by products	Balance
Agricultural products	39	0,05	Agricultural p	61	0,1	22
Machinery	3,3	0,001	Machinery	68	0,02	65
Chemical produ	0,6	0,001	Chemical products	28	0,02	27

EU FOREIGN INVESTMENT WITH MOLDOVA (Mio EUR and %)

167 Millions EUR (2002) as one of the lowest figure of the European Countries

NB: More Statistics in the Internet: <http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/data.htm> and in the Annexes of the EC-Communication "Wider Europe" of the 11.3.2003.

COUNTRY PROFILE: BELARUS	
<i>Basic data (June 2003)</i>	
POPULATION:	10,3 Millions (2002)
LIFE EXPECTANCY:	68 years (average)
ETHNIC GROUPS:	Belarusians (78%), Russians (13%), Others (2%)
CAPITAL:	Minsk: 1,8 Mio residents
TERRITORY:	208.000 km ²
DENSITY:	50 inhabitants / km ²
INSTITUTIONAL AND POLITICAL FACTS	
CONSTITUTION:	Adopted in 1994 (amended by referendum 1996, not recognised by the International Community)
FORM OF STATE:	Presidential-authoritarian Republic (independent formally from the SU since Dec 1991)
HEAD OF STATE:	President with 7-year term: Aleksandr LUKASHENKO (since 1994, reelected in Sept. 2001)(strongly criticised by the International Community for several irregularities in the election campaign)
GOVERNMENT:	
PARLIAMENT:	Since Oct. 2000: 110 seats; 4-years term (boycotted by several opposition parties), elected for a 4-year term
MAIN POLITICAL PARTIES:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ "Lukashenko supporters Movement" : 81 ▶ "Vacant Group": 13 ▶ "Communist Party": 6 ▶ "Agrarian Party": 5
INTERNATIONAL AFFILIATIONS:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Guest to the Council of Europe (suspended since 1997) ▶ Member of the UNO and of the OSCE
MAIN RELATIONS WITH THE EU:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ "Partnership and Cooperation Agreement (PCA)" signalled in 1995, but stalled in 1996 after serious setbacks to the development of democracy ▶ TACIS Programme since 1999, suspended in 1996 with the exceptions of humanitarian aid and projects benefiting the democratisation process such as the "European Initiative for Democracy and Human Rights" - "EIDHR" or the "Cross-Border Cooperation Programme".
CIVIL SOCIETY:	Hundreds of very active and courageous NGO's but under increasing control and pressures of all kind
ORGANISED CIVIL SOCIETY:	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Traditional trade unions and independent workers/employees movements in increasing conflicts with the Lukashenko regime and between the two "cultures" ▶ No information available from the Employers Organizations.

MAIN ECONOMIC DATA FOR BELARUS

Gross Domestic Product	2001 13 Billion EUR
GPD Per Capita	2002 1.352 EUR
	1998 1999 2001
Real GPD (% growth)	8,3 3,4 4,1
Inflation rate (%)	73,2 293,8 61,3
Current Account Balance (% of GPD)	-6,1 -1,6 4,5
Currency:	Belarusian Rouble BYR (non convertible) - ca.: 1 EUR = 1.182 BYR (2002)

GDP BY SECTORS

	1990 1998 2000
Agriculture	23,8 17,7 15,3
Industry	47,2 37,5 37,4
Services	29 44,8 47,3

TRADE WITH THE WORLD (in Mio EUR)

	1993 1995 2001
IMPORTS:	2.112 4.203 6.965
World's share	0,1 0,1 0,2
EXPORTS:	1.637 3.540 8.286
World's share	0,1 0,1 0,2
TRADE BALANCE	-476 -662 -680

EU TRADE WITH BELARUS (in Mio EUR and %)

IMPORTS	Rank	1993	1995	2001	EXPORTS	Rank	1993	1995	2001
	82	274	561	690		66	583	885	1.393
Share of EU Total					Share of EU				
(%)		0,1	0,1	0,1	Total (%)		0,1	0,2	0,1
TRADE BALANCE		309	324	703					

MAIN PRODUCTS IN 2001 (Mio EUR and %)

EU Imports			EU Exports			
Products	Belarus share		Products	Belarus share		Balance
	Value	of EU total by products		Value	of EU total by products	
Agricultural products	112	0,1	Machinery	416	0,1	368
Chemical products	53	0,1	Transport Material	257	0,2	237
Textiles and Clo	179	0,2	Chemical products	200	0,1	147

FOREIGN DIRECT INVESTMENT (EU-BELARUS)

189 Mio EUR (2002) most has come from Russia, especially for the construction of the "Europe Gas Pipeline".

NB: More Statistics in the Internet: <http://europa.eu.int/comm/trade/bilateral/data.htm>